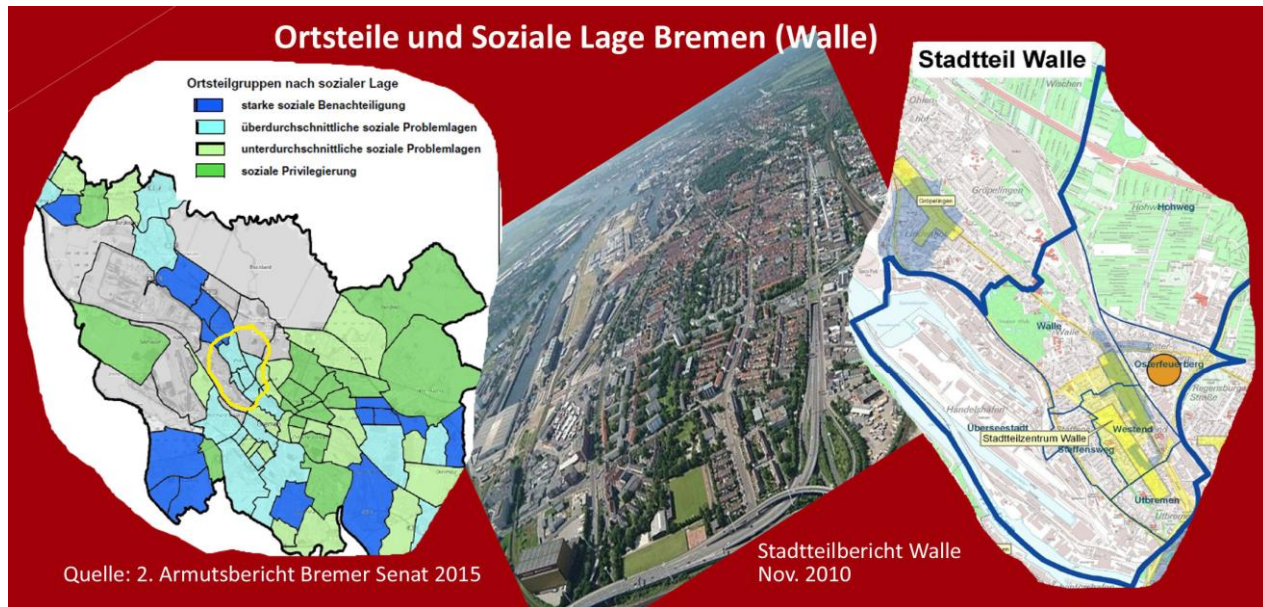


Stellungnahme zu den „sozialräumlichen“ Umsteuerungen der Hilfen zur Erziehung (HzE) in Bremen und dem dafür 2011 in Auftrag gegebenen ESPQ-Modellprojekt in Bremen Walle (wissenschaftliche Begleitung durch Professor Olk) ¹



Wie in Graz² und anderen Pilotprojekten in Deutschland handelt es sich beim ESPQ-Modellprojekt (2011-2015) im Bremer Stadtteil Walle und der ab Ende 2014 begonnenen Übertragung einiger „Ergebnisse“ auf alle Sozialzentren in Bremen letztlich um eine budgetgetriebene „Top-Down-Strategie“, um mit vermeintlich „sozialräumlichen“ Methoden die stark ansteigenden Kosten der Hilfen zur Erziehung im Bremer Jugendhilfesystem zu reduzieren.³



Emer. Prof. Wiesner, „Vater“ des 1990 verabschiedeten Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG), fragte provokativ in einem Vortrag in Bremen im Frühjahr 2012: „Wer ist „Schuld“ an den Steigerungen ? Die Leistungsberechtigten, die von ihrem gesetzlichen Recht [§§27-35 KJHG] Gebrauch machen ? Die freien Träger, die Bedarfe „fingieren“ und „sich selbst bedienen“ ? Die öffentlichen Träger, die die Verantwortung outsourcen ?“

Die von Austeritäts-Politikern*innen ausgemachten „Schuldigen“, die ambulanten Hilfen zur Erziehung (HzE) werden (ohne fundierte Evaluation) pauschal mit folgenden Schlagwörtern abgeurteilt: „zu teuer“, „wirkungslos“, „eingriffsintensiv“, und „ausgrenzend“. Demgegenüber beanspruchen Olk und die Fortbildnerin Lüttringhaus, eine innovative, emanzipatorische und bürgerfreundliche Jugendhilfe befördern zu wollen. Vielleicht ein Grund, weshalb die Bremer SPD/Grüne Landesregierung, die sich gerne mit dem Anstrich „innovativ“ und „sozial“⁴ umgibt, diese wissenschaftliche Begleitung und diese Fortbildnerin auswählte ? Soll so dem von vorne herein hauptsächlich fiskalisch definierten Auftrag des Bremer Senats nachträglich eine fachliche Begründung nachgeliefert werden ?⁵

¹ http://www.philfak3.uni-halle.de/paedagogik/sozialarb_paed/olk/ Ab 1993 Professor Martin-Luther-Universität Halle, Mitglied des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE); ab Juli 2003 Vorsitzender Sprecherrat des <http://www.b-b-e.de/>; Mitglied des Projektbeirates ... des Freiwilligenurveys des Bundesministerium für Familie, ...Jugend (seit 2004); Vertrauensdozent der Heinrich-Böll-Stiftung (seit 2005), Mitglied der Expertengruppe zum Bertelsmann-Preis 2007 "Soziales Engagement als Bildungsziel"; Experte am Bertelsmann-BürgerForum Soziale Marktwirtschaft (2008), ein Kooperationsprojekt mit der Heinz Nixdorf Stiftung, die ihrerseits die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM), eine liberale Denkfabrik von Unternehmern und Ordoliberalen, fördert; Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung „Bürger für Bürger“, engagiert im Bereich Ehrenamt, Engagement und Freiwilligendienste.

² Kritik am Vorgehen der Sozialbehörde in Graz von Prof. Höllmüller, <http://soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/322/564>

³ Im „Bericht und Dringlichkeitsantrag des nichtständigen Ausschusses „Umsetzung der Föderalismusreform II“ (Drucksache 17/1663 Landtag 21.02.11, Seite 22-27) heißt es: „So sind nach Hamburger Erfahrungen zum Beispiel gruppenorientierte Maßnahmen im Sozialraum Betreuungen durch die aufsuchende Familienhilfe vorzuziehen, da diese sehr teuer sei und oftmals zuvor nicht ermittelt werde, ob ihre Einbeziehung notwendig sei.“... „Anknüpfungspunkt ist hier vor allem die „Eingangsdiagnostik“ der Allgemeinen Sozialen Dienste. Diese mit dem Ziel der Einfädung in bereits vorhandene sozialräumliche Strukturen durchzuführen, wird als sinnvolle Vorgehensweise und als bedarfsgerechteres Modell angesehen.“... „...das Ziel, um zur Begrenzung des Kostenanstiegs zu gelangen, es demgegenüber sein muss, den Widerspruch zwischen sozialen und fiskalischen Zielen aufzuheben...“

⁴ „...das Ziel, um zur Begrenzung des Kostenanstiegs zu gelangen, es demgegenüber sein muss, den Widerspruch zwischen sozialen und fiskalischen Zielen aufzuheben...“, siehe ausführlicher Fußnote 3

⁵ Stellenausschreibung der Sozialsenatorin für die Projektkoordination des Modellprojekts ESPQ (Amtsblatt Nr. 3/2011, 25.01.2011): „Ziel des Projektes ist es, gefährdete Kinder, Jugendliche und deren Familien auch im Vorfeld sozialleistungsrechtlich definierter Maßnahmen der Erziehungshilfe durch passgenaue innovative und flexible Hilfen zu unterstützen, damit gesetzlich normierte Leistungen der Hilfen zur Erziehung möglichst in weniger Fällen und in geringerer Intensität eingesetzt werden müssen. Dies schließt die Entwicklung und **Umsetzung von Finanzierungskonzepten und fachlichen Steuerungsinstrumenten** mit ein, die im Erfolgsfall bereits während der Projektlaufzeit auch auf andere Sozialräume übertragbar sein sollen.“

Emer. Prof. in der Sozialen Arbeit Mechthild Seithe (Berlin), früher selbst jahrelang im ASD tätig, stellt in ihrem kritischen Kommentar zum ESPQ Modellprojekt im Frühjahr 2014 die für Bremer Sozialpolitiker der letzten 30 Jahre unbequeme Frage: „Wieso wurde im Rahmen des Projektes an die Frage niemals gerührt, wie es überhaupt zu der derzeitigen Deformation von AfSD-Praxis, die sich heute meist nur noch auf Verwalten, Kontrollieren und das Outsourcing von Diagnostik und Sozialpädagogik an freigemeinnützige Träger beschränkt, kommen konnte und ebenso, was die besagten ambulanten Hilfen derartig inflationär und „zahnlos“ gemacht hat...?“⁶

Die Qualität einer ambulanten Hilfe (eine SPFH z.B.) für einen sog. „Fall“ sank erheblich, nach etlichen von der Sozialbehörde aufgezwungenen Absenkungen der Zeitkontingente, Aufweichung der Fachkräfteprinzips („Personalmix“ incl. Haushaltshilfen u.a.) und Überfrachtung mit Dokumentationspflichten. Vor der Einführung des „Case-Managements“ und der Epoche des Budget-Hardliners Hartwig (Jugendamtsleiter 1999-2006) gab es in der Regel die doppelte Zeit und es waren fast nur Psycholog*innen und Sozialpädagog*innen im Einsatz.

Dem ESPQ Modellvorhaben fehlt, wie vielen Umsteuerungen im HzE-Bereich (auch in Graz), eine ernstzunehmende, professionelle Evaluation. Es scheint außer der fiskalischen „Rendite“ kein Interesse an der Einbeziehung, Befragung und Partizipation der von den Umsteuerungen betroffenen Familien, Jugendlichen und Kindern und der in den Sozialräumen tätigen Fachkräfte und Träger⁷ zu geben. Der Verlauf und der Abschlussbericht (Mitte 2015) offenbaren an dem Punkt eklatante Mängel. - Die Versuche einer schriftlichen Befragung der Adressaten im Modellprojekt wurden wegen "fehlendem Rücklauf" abgebrochen.⁸ - Die großspurig als "qualitative Befragung" titulierten "Experteninterviews" mit nur zwölf (!) Adressaten*innen der HzE (12/2013 bis 11/2014) können nicht ernsthaft als repräsentativ erachtet werden. Die Mehrheit der Interviewten waren jetzt in stationären Settings lebende Kinder/bzw. deren Eltern; nur diese konnten wohl ohne großen Aufwand interviewt werden. (s. S. 74 Abschlussber. ESPQ 2015)

Durchaus berechtigte Qualitätsfragen zu den seit 2006 (nach dem tragischen Tod des Kindes „Kevin“) stark angestiegenen, ambulanten Einzelfallhilfen, wie auch mögliche nachteilige Effekte für die Kinder, Jugendlichen und Familien in ihren jeweiligen Lebenswelten nach der „Beglückung“ durch die ESPQ-Umsteuerung ab 2011 waren von Beginn an nachrangig.

- Es gab/gibt keine umfassende Jugendhilfeplanung, der §80 KJHG wird in Bremen seit 24 Jahren missachtet.⁹
- Existierende/ neue Bedarfe der Adressaten, verschlechterte Rahmenbedingungen des Aufwachsens von Familien und jungen Menschen in ihren Quartieren und der jahrelange Abbau von sozialräumlichen Angeboten für Kinder, Jugendliche und Familien sind kaum bis gar nicht Gegenstand des Auftrags/der Berichterstattung. Die Mehrzahl der Grafiken im Abschlussbericht beschäftigt sich ausschließlich mit der „erfolgreichen Auftragserfüllung“: Fall- und Kostenreduzierung.
- Die in sozialräumlichen Konzepten (auch im ESPQ-Modell) vielbeschworenen "weniger eingriffsintensiven, sozialräumlichen Ressourcen" waren und sind in Bremen seit 20 Jahren von Realkürzungen betroffen. Der Bericht geht darauf nicht ein. Diese wichtigen Jugendhilfeaufgaben werden regelmäßig als angeblich „freiwillige Leistungen“ im „Zuwendungsbereich“ Opfer grassierender und falscher Austeritätspolitik. Die gesamte Kinder- und Jugendförderung (Freizeits/Jugendverbände) wurde in Bremen budgetgedeckelt bis zum aktuellen finanziellen „Fast-Kollaps“ (z.T. Schließung von Einrichtungen). Ähnlich erging es den ursprünglich vom Jugendamt/Arbeitsamt geförderten beruflichen Förder-/Ausbildungsprogrammen für „benachteiligte Jugendliche“, oder den jahrelang sehr erfolgreichen Projekten für Frauen, wie dem Waller „Quirl“-Projekt, das als Folge abgesenkter öffentlicher Refinanzierung insolvent ging.¹⁰

⁶ <http://bremerbuendissozialearbeit.jimdo.com/aktionen-fachtag/der-1-fachtag-am-3-11-2011/die-referentinnen/>

⁷ Die LAG (Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflegen Bremen) legte am Fachtag des Jugendamtes zum ESPQ-Modellprojekt am 19.2. eine kritische Stellungnahme vor, wie auch schon im Juli 2014: <http://bremerjugendring.de/wp-content/uploads/2014/09/TOP-4-Stellungnahme-LAG-ESPQ-Projekt-Walle.pdf> Im Jugendhilfeausschuss vom 03.03.2016 brachte die LAG unter TOP 5 ESPQ einen sehr interessanten eigenen Beschlussantrag ein. Das Sozialressort hält es nicht für nötig, diese Stellungnahmen online zu stellen, wie generell die kritische Fachöffentlichkeit eher unerwünscht zu sein scheint.

⁸ Hinweise dazu in den ESPQ-Modellversuch-Zwischenberichten

⁹ Der Versuch, Lebenslagen der Adressaten (und deren Bedarfe) mit derzeitigen statistischen Erhebungen, wie „Sozialindizes“, „Benachteiligungsindex“ oder „Sozialindikatoren“ zu erfassen, ist für Jugendhilfeplanung völlig unzureichend. Fragwürdig die Bemerkung auf Seite 18 des „Dreijahresbericht (2011-2013) Modellprojekt ESPQ“. Olk behauptet darin, die Lebensbedingungen für Familien und Kinder im Ortsteil Walle hätten sich angeblich ab 2009 bis 2013 von ihrem vorherigen Absturz 1998-2008 (wie durch ein Wunder?), „regeneriert“. - Siehe auch im Anhang die Senatsantwort auf eine diesbezügliche Anfrage der LINKEN im April 2015 zu verschiedenen Erhebungsmethoden zu den sog. „Sozialindikatoren“ oder alternativ zu den Kennzahlen des „Sozialen Monitoring“.

¹⁰ Unter 1.5 Fazit [fallunspezifische Arbeit im Stadtteil] im Abschlussbericht wird eine Andeutung dazu gemacht: „Die zentrale Bedeutung der Entwicklung und Etablierung präventiver Angebote im Stadtteil und des Ausbaus einer familienunterstützenden Infrastruktur, die in dem Modellprojekt ursprünglich angelegt waren, habe sich im Prozess im Vergleich zum **Weiterentwicklungspotenzial bei der Fallsteuerung** als geringer erwiesen.“

- Was tatsächlich propagandistisch ausgebaut und teilweise finanziell unterlegt wurde, sind die sogenannten "Regelsysteme" (Krippen, Kitas und Schulen incl. Schulsozialarbeiter*innen – wenn auch prekär), der „en vogue“-Logik einer zunehmenden Vernützlichung und Skolarisierung von Kinder- und Jugendwelten folgend, die für nicht wenige Kinder und Jugendliche in Bremen mit Exklusionsrisiken verbunden ist. Jugendhilfe wird unter Druck gesetzt, eigene fachliche Prämissen (Freiwilligkeit, keine Noten, keine Anwesenheitspflichten) und ihren humanistisch/ganzheitlichen Bildungsbegriff aufzugeben. Kooperation sieht anders aus.
- Schulen und Kitas sind gleichzeitig (ohne Personalaufstockung) mit den „reingedrückten“ Inklusionskindern (Sonderschulen und Sondereinrichtungen wurden adhoc abgeschafft und eingespart) und ab 2015 ca. 5000 Flüchtlingskindern bzw. jungen Geflohenen ohne Eltern, personell und finanziell dramatisch prekär aufgestellt.

Es wäre sinnvoll mit einem fachlichen (und nicht mit einen fiskalischen Blick) zu erforschen, welche Art von Einzelfallhilfen für die Adressaten besser oder schlechter (und IN DER FORM sinnvollerweise abzubauen) wären, und welche weiterzuentwickeln und zu verbessern wären. Denn viele Familienfallhilfen werden tatsächlich „falsch“ bewilligt, verstärken Verunselbständigung, Kontrolle und elternersetzende „Fürsorglichkeit“, besonders wenn (wie zu beobachten) das Fachkräftegebot grob-fahrlässig unterlaufen wird. Heutige Sozialpädagogische Familienhilfen sind personell, fachlich, zeitlich und finanziell miserabel ausgestattet und viele auch AUS DEM GRUND unwirksam oder sogar kontraproduktiv. – Aber die Stadtkämmerer können zufrieden sein: Erhebliche Senkung der Einzelfallhilfen¹¹, ca. minus 40% der Fälle und der Kosten im Waller Modelldistrikt. Senatsauftrag erfüllt !?

Aber wie geht's den Familien und Kindern ?

Mittels "verbesserter Eingangsdiagnostik" sollen viele Einzelfallhilfen bewußt ausgefiltert werden, bzw. ihre Bewilligung administrativ oder softwaregesteuert („Diagnostik“-Tool in OK-JUG) verhindert werden. Die Adressaten – so wird unterstellt – hätten angeblich nicht den von Hinte, Olk und Lüttringhaus postulierten, ausreichenden, eigenen "Willen" gezeigt, sondern nur „beliebige Wünsche“. Was geschieht mit den Bedarfen von Kindern, deren Familien die Hinte'sche, bzw. Olk'sche Zuschreibung „unwillig“ bekommen ? Die Eltern, Jugendlichen und Kinder werden vermehrt angehalten, sich kostenneutral um sich selbst zu kümmern („Bürger für Bürger“), oder sich dem von Prof. Olk und den etablierten Parteien medienwirksam favorisierten Ehrenamt („Behördenlotsen“), bzw. nachbarschaftlichen Netzwerken zuzuwenden.

Ab Ende 2014 wurde die Übertragung der Erkenntnisse des Modellprojektes und der sie begleitenden Fortbildungen des Lüttringhaus Instituts¹² auf alle Sozialzentren beschlossen, verbunden mit einer (längst überfälligen !) Personalaufstockung, die in ihrem Umfang jedoch bei Weitem nicht zu vergleichen ist mit der im Rahmen des Waller Modellprojektes als erforderlich erachteten Verdoppelung des Personals. In Folge zu geringer Bezahlung (TVL-EG9) im Vergleich zum niedersächsischen Umland (TVöD S14) und untragbarer (gesetzliche Vorgaben ignorierender) Fallzahlen, konnte die eklatante personelle Unterbesetzung im AfSD bis heute nicht abgestellt werden.

Die in dem Modellvorhaben durchaus positiv durchschimmernde Rückbesinnung (wirklich nix Neues !) auf mehr Personal im Jugendamt, mehr generalistische, sozialarbeiterische Grundkompetenzen, erhöhte Beratungstätigkeit im Vorfeld von Hilfen zur Erziehung, eigene Gruppenarbeit, mehr klassische Stadtteilarbeit, mehr Fortbildung und Supervision, weniger Verwaltung (eine Verwaltungskraft entlastete die Sozialarbeiter*innen im ESPQ-Modell), Entwicklung eigener Standards und Regeln von unten nach oben – ist zu begrüßen.

Wie und in welchem Umfang die laufende bremische Umsetzung der Empfehlungen des ESPQ-Modellvorhabens dieser positiven Rückbesinnung Rechnung trägt, bleibt abzuwarten. Die Grazer Erfahrungen mahnen zur Wachsamkeit.¹³

¹¹ Olk selbst musste zu den Ursachen des Rückgangs von Fallzahlen im Zwischenbericht des ESPQ Modellvorhabens 2013 schreiben: „Die im Rahmen der Untersuchung der Wirkungshypothesen 1 und 2 angestellte Hypothese, dass der **Rückgang der Kostenfälle** bei gleichzeitiger Stagnation der Beratungsfälle **im Jahr 2013 auf Wanderungsbewegungen zurückzuführen ist, kann damit in gewissem Ausmaß als bestätigt angesehen werden.**“ Sind „die Fälle“ vielleicht auch als Folge von Gentrifizierung oder des Instinktes der Betroffenen (woanders gibt's bessere Hilfen) in andere Stadtteile „abgewandert“ ? (siehe Anhang: erhebliche Mietpreisanstiege)

¹² Zertifiziert durch die Deutsche Gesellschaft für Care und Case Management (DGCC). Unklar bleibt im Abschlussbericht, welches Konzept Case Management und welche Themen in der Fortbildung eingesetzt wurden.

¹³ Höllmüller (s.o.) über das Vorgehen des Grazer Jugendamtes: „Seit 2010 werden Entscheidungen über Fall und Nicht-Fall, Über Hilfe und Nicht-Hilfe nun ausschließlich in den Sozialraumteams getroffen, wobei diese strukturell keine Teamentscheidungen sind – also das Ergebnis einer Mehrheitsmeinung der Beteiligten – sondern Entscheidungen der jeweiligen Leitung. (Auch wenn die Entscheidungsanfragen weiterhin von den Sozialarbeiterinnen eingebracht werden, kann die Leitung in jedem Fall etwas anderes festlegen, als besprochen wird.) Damit wurde top-down ein Steuerungsmechanismus geschaffen, der es der Leitungsgruppe (Jugendamtsleitung und die vier Sozialraumleitungen) ermöglicht, jeden einzelnen Fall- und Hilfeentscheidungsprozess zu kontrollieren und wenn nötig zu ändern.“

Zumal das ohnehin seit Jahren prekäre Bremer Jugendhilfesystem seit 2 Jahren von den fast 3000 umF (bzw. Neusprech: umA) personell und konzeptionell „überrollt“ wurde und spätestens seit 2015 mit ganz anderen Dringlichkeiten und Herausforderungen komplett absorbiert und überfordert zu sein scheint.

Hier beobachten wir dauerhafte Notunterbringung unter prekärsten Bedingungen, eine Zwei-Klassen Kindeswohldefinition, ethnische Aussonderung und hilfloses Rufen nach gescheiterten Konzepten der 1950er Jahre – wie der Geschlossenen Unterbringung in der Jugendhilfe.



Quelle: Stand und Entwicklungsbedarfe zur Betreuung und Versorgung unbegleiteter minderjähriger Ausländerinnen und Ausländer (umA) im Land Bremen. Senatorin für Soziales ... 400-20/400-20-10, 08.01.2016

Die Stadtgemeinde Bremen liegt damit - mit regional ebenfalls gezielt angesteuerten Jugendämtern wie München, Rosenheim, Frankfurt, Hamburg, Berlin und einzelnen kleinen Jugendämtern an den Hauptfluchtrouten - an der Spitze der erstaufnehmenden Jugendämter.

Resümee

Scheinbar weiß ein **steuerlich handlungsunfähig gemachter** Staat/Kommune wieder einmal besser, was angesichts von grassierender Armut für Familien und Kinder in einer Belastungssituation gut ist, als diese und die sozialpädagogischen Fachkräfte selber und erwartet künftig den Nachweis eines ausdrücklichen „Willens“ und erfolgloser sozialräumlicher, ehrenamtlicher, nachbarschaftlicher Hilfealternativen, bevor HzE Einzelfallhilfen trotz Rechtsanspruch vielleicht bewilligt werden. Vorausgesetzt die Adressaten haben den „langen Atem“ an ihrem Anliegen dranzubleiben.

Aufgabe der Jugendhilfe wäre laut KJHG, Prävention zu fördern, sich für echte Verbesserungen der Lebensbedingungen von Familien und Kindern in ihren Lebensräumen einzusetzen, sowie aufsuchend und proaktiv Kindeswohl-Bedarfe nach ambulanter Unterstützung in partizipativer Kooperation (wo Kindeswohlgefährdend und unumgänglich auch verbunden mit Auflagen) abzudecken.

Bremer Landespolitik und Sozialbürokratie lenkt damit auch ab von der eigenen (historischen) Mitverantwortung für

- die soziale Spaltung der Stadt, die fehlenden bezahlbaren Wohnungen, die Gentrifizierung, die Verarmung von ca. 1/3 der Bremer Kinder, die fehlenden beruflichen Perspektiven für den verarmten Teil der Bremer Jugend.
- die - fachlich inakzeptable – Deprofessionalisierung Sozialer Arbeit (der ambulanten Erziehungshilfen) und ihrer Studieneinrichtungen in Bremen.
- das Unterlaufen des wichtigen Fachkräfteprinzips und die gegenüber dem Umland unzureichende Bezahlung der Fachkräfte.
- die Folgen von 30 Jahren ständiger Neuorganisation Sozialer Dienste,
- die Folgen der Einführung des Case-Managements kombiniert mit Outsourcing und Privatisierung kommunaler Dienste (sogar des Pflegekinderdienstes und 50% des nächtlichen Kinder- und Jugendnotdienstes)
- die Missachtung der staatlichen Gewährleistungspflicht für gut ausfinanzierte, niedrigschwellige, soziale Infrastruktur in den Quartieren, z.B. für offene Angebote in der Kinder-, Familien- und Jugendförderung, die mangels individuell einklagbarer Rechtsansprüche als angebliche „freiwillige Leistungen“ im „Zuwendungsbereich“ zur fiskalischen Dispositionsmasse wurden und werden.

Stattdessen wird der „Sozialraum-Ansatz“ als Retter in der fachlichen Not propagiert, angeblich völliges Neuland und nie dagewesenes Wundermittel zur Aktivierung kostenneutraler, ehrenamtlicher Selbsthilfekräfte im Quartier. Dass das Kinder- und Jugendhilfegesetz von 1990 „die Einbeziehung des Sozialraums“ auch in den Einzelfallhilfen (SPFH etc.) von Beginn an vorsieht und vorsah, wird dabei gerne unterschlagen.



Bremen, März 2016 Bremer Bündnis Soziale Arbeit

Anhang:

Stellungnahme der DGSF-Regionalgruppe Berlin-Brandenburg Sommer 2014 ¹⁴

„Mit kritischem Auge und wachsendem Unbehagen beobachten wir systemischen Berater und Therapeuten der Regionalgruppe Berlin-Brandenburg der Deutschen Gesellschaft für systemische Therapie, Beratung und Familientherapie die Entwicklungen in der Berliner Jugendhilfe/ Psychosozialen Versorgung. Vor allem der „Ausverkauf“ systemischer Ideen, Haltungen und Methoden ist uns ein Dorn im Auge. Systemische „Labels“ werden missbraucht, lineare, einfache Lösungsideen werden als „systemisch“ verstanden. In Fortbildungen für Berliner Jugendämter zur Sozialraumorientierung ist das bereits gängige Praxis.“

Ressourcenorientierung ist keine Technik, vielmehr entspricht sie einer inneren Haltung, die dazu führt, genau diese Ressourcen, Potentiale und Stärken bei den Klienten zu sehen und zu nutzen. Sie bedarf keiner stanzhaft vorgegebenen Checklisten, um entlang dieser Listen vermeintlich positive Aspekte im Handeln der Klienten in Hilfeplänen festzuschreiben. Es ist genau diese künstliche und aufgesetzte Art des Findens von Potentialen der Klienten, die dazu führt, dass die Klienten diese Stärken oft nicht für sich annehmen und entsprechend auch nicht für notwendige Veränderungen nutzen können. Im Gegenteil werden von den Fachkräften zugeschriebene Fähigkeiten als fremd empfunden.

Eine derart technizistisch ausgerichtete „Ressourcenorientierung“ geht gezielt an dem vorbei, was systemische Haltung gegenüber Klienten ausmacht: Mit Herz und Engagement die Ressourcen der Klienten zu erkennen, die Klienten in diesem Zutrauen in sie für andere Vorstellungen von sich selbst zu erwärmen und sie für den schwierigen Weg hin zu (erforderlichen) Veränderungen zu gewinnen.

Klienten werden angehalten, Lösungsideen beteiligter Fachkräfte umzusetzen – und dieses wird dann fälschlicherweise als „Lösungsorientierung“ verbrämt. Gehen die Klienten diesen Lösungsvorgaben nicht nach, werden sie als nicht an Veränderung interessiert bezeichnet. Ihnen werden in solchen Fällen zunehmend gesetzlich gesicherte Rechtsansprüche auf Hilfen verwehrt. Ferner werden teilweise massive Eingriffe in das Leben und die Lebensplanung von Klienten vorgenommen – vermeintlich weil keine ausreichenden Ressourcen bei den Klienten gesehen werden (dies gilt insbesondere bei als psychisch krank bezeichneten Eltern).

Linear, einseitig auf Lösungsvorgaben der Fachkräfte ausgerichtete Hilfeplanungen und Steuerungsversuche stellen daher für uns nicht das dar, was wir als „Lösungsorientierung“ verstehen.

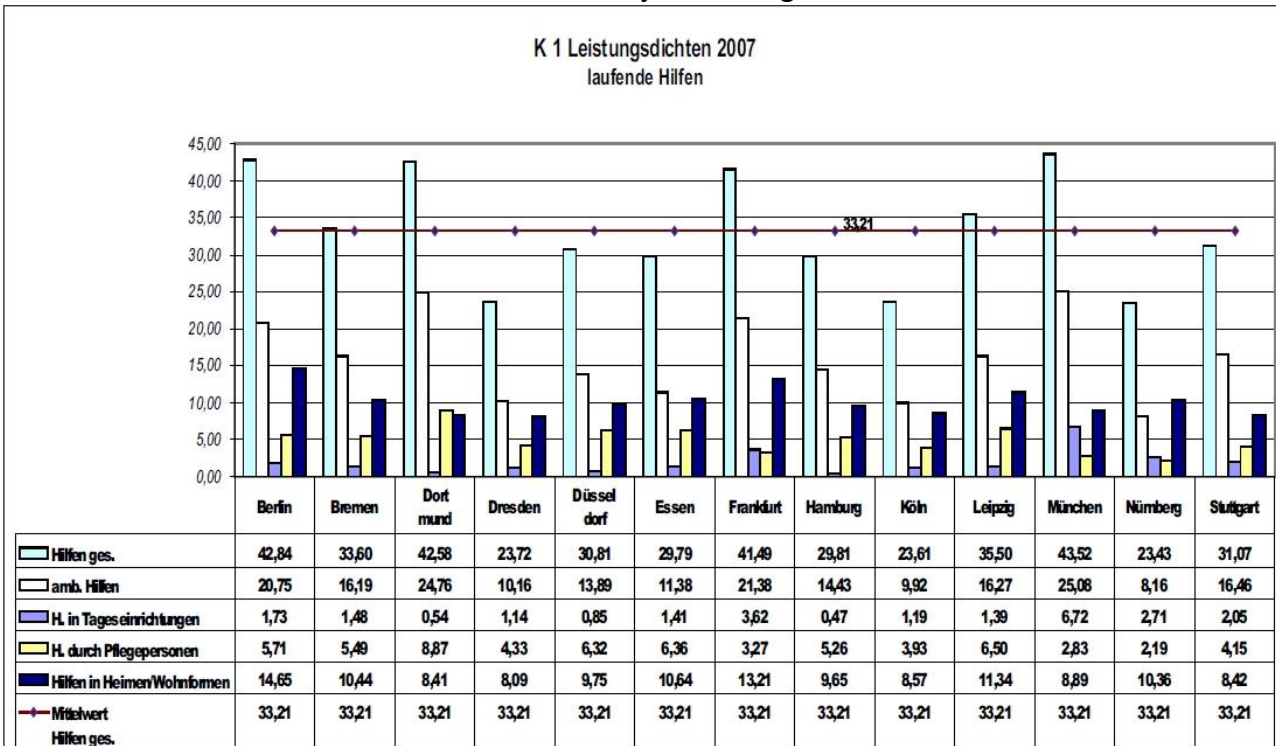
Zusammenfassend :

1. Ressourcenorientierung stellt mehr als eine Technik dar, sie basiert auf einer von Wertschätzung und Achtung getragenen Haltung gegenüber den Klienten. Ihr Ziel ist es mit Herz und Engagement Klienten für ein Zutrauen in sich und ihre Ressourcen zu gewinnen...
2. Lösungsorientierung beinhaltet keine planbaren, vorgegebenen Lösungs- und Steuerungsversuche, sondern die Öffnung und Erweiterung von Sichtweisen, die befriedigende Lösungen darstellen. Problemverhalten stellt bereits einen Lösungsversuch dar...
3. Auftragsklärung schafft eine für alle erkennbare Transparenz, wodurch die Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit deutlich werden. Sie geschieht in einem Rahmen, der von der Nicht-Instruierbarkeit von Menschen in ihren Haltungen und ihrem Denken ausgeht.
4. Wir hoffen mit dieser Stellungnahme eine notwendige und wünschenswerte Diskussion über Methoden, Techniken und Haltungen sowie deren Anwendungen und „Fehlanwendungen“ herbeizuführen und dadurch wieder zu einer den Klienten angemesseneren Arbeit beizutragen.

¹⁴ Deutsche Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie, Regionalgruppe Berlin-Brandenburg: Cornelia Adolf, Andreas Block, Dr. Marie-Luise Conen, Jens Gerdes, Britta Heinrich und Susanne Wengler.

Vor „Kevin“ (unter Amtsleiter Hartwig 1999-2006)

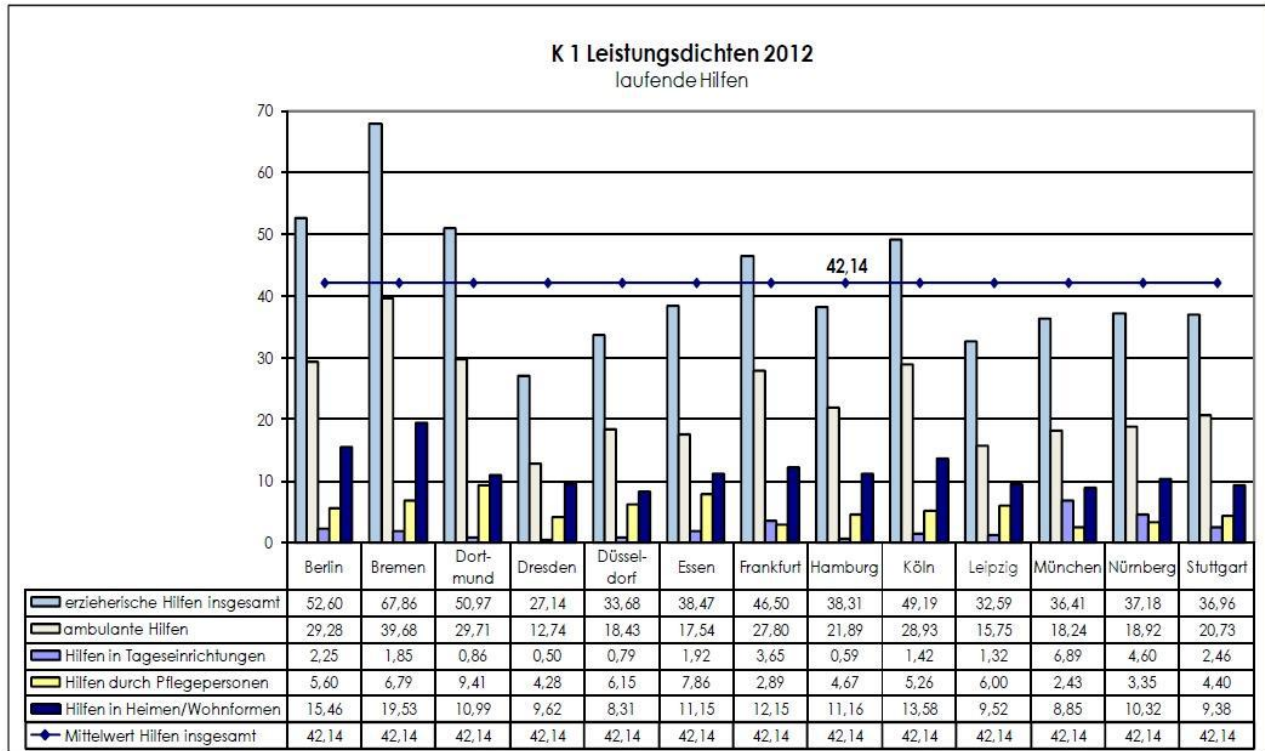
Laufende Hilfen je 1.000 Jugendlicheinwohner



Benchmarking Hilfen zur Erziehung, Kennzahlenvergleich 2007. Hilfen zur Erziehung (HzE) im IKO-Netz-Vergleichsring der Großstadtjugendämter

Nach „Kevin“ (unter Amtsleiter Marquard 2007-2012)

Laufende Hilfen je 1.000 Jugendlicheinwohner



Benchmarking Hilfen zur Erziehung, Kennzahlenvergleich 2012, Hilfen zur Erziehung (HzE) im IKO-Netz-Vergleichsring der Großstadtjugendämter

Die SPD gibt das Sozialressort 2011 an „Die Grünen“.

Soziale Dienste

Amtsleiter geht in die Wüste

Das Amt für soziale Dienste soll nicht mehr in eigener Fachkompetenz seine Dienste organisieren - es wird nach 30 Jahren wieder in die Behörde integriert.



Peter Marquard, 2007 aus Freiburg geholt, wird künftig fürs Spaziergehen bezahlt. Bild: taz

Nord / Bremen
KLAUS WOLSCHNER
 Bremen-Redakteur

"Die Amtsleitung würde entfallen", so knapp und klar steht es in einem internen Papier des Sozialressorts. Das Problem: Es geht darum, wo Stellen im Sozialressort gespart und gestrichen werden können, 13 sollen im Jahre 2012 wegfallen und weitere vier im Jahre 2013. Die Lösung: Das Amt für soziale Dienste (AfsD) soll aufgelöst und in die Behörde integriert werden.

„Wir haben seit 30 Jahren hier permanente Umorganisationen“, sagt[e] Personalrat Wolfgang Klamand [in der TAZ vom 08.02.2012], „das demotiviert.“ Als das Amt für soziale Dienste geschaffen wurde, gab es große Ziele: Die strategische Landesebene sollte von der kommunalen "operativen" Ebene getrennt werden, wie es bei richtigen Bundesländern der Fall ist. Dieses Prinzip wurde jetzt aufgegeben...“

Kinderarmut im Großstädtevergleich

Stadt	Kinderarmut U15 Dez. 2008	Kinderarmut U15 Dez. 2012	
1. München	11,6%	11,7%	→
2. Stuttgart	14,6%	13,3%	↓
3. Dresden	22,5%	18,8%	↓
4. Hannover	20,9%	19,7%	↓
5. Nürnberg	20,8%	20,0%	↓
6. Hamburg	23,0%	20,8%	↓
7. Düsseldorf	21,9%	21,7%	→
8. Frankfurt a. M.	22,5%	22,0%	↓
9. Köln	23,6%	22,7%	↓
10. Duisburg	28,4%	27,3%	↓
11. Leipzig	33,4%	27,9%	↓
12. Dortmund	28,7%	28,2%	↓
13. Bremen	28,4%	28,9%	↑
14. Essen	30,3%	30,9%	↑
15. Berlin	35,7%	33,6%	↓

Quelle: Schneider 2013

1. Veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen

- Reurbanisierung, Verknappung (bezahlbaren) Wohnraums
- wachsende soziale Ungleichheit und Spaltung der Großstädte (Friedrichs, Triemer 2009; Dohnke, Seidel-Schulze, Häußermann 2012)
- Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse (Castel, Dörre 2009), Auftreten „verfestigter Armut“ (DPWV 2011)
- ausgrenzende und Teilhabechancen einschränkende Wirkung benachteiligter Wohnquartiere/Ortsteile/Stadteile (Häußermann, Kronauer)
- Herausforderungen durch Armut und Migration in Bezug auf die Bildungschancen von Kindern (Autorengruppe Bildungsberichterstattung)
- höhere Frauenerwerbstätigkeit und unzureichende institutionelle Betreuungsangebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Entwicklung Fallzahlen HzE ab 2006 - 2014 Stadt Bremen

- Fast doppelt so viele Heimunterbringungen/Vollzeitpflegen u.a. 2006-2011
- 44% mehr Inobhutnahmebelegtage 2006-2009
- Fast vier Mal so viele ambulante Hilfen (SPFH, EB, ISE, BU, HPE, HTG) 2006-2014

Entwicklung stationäre Hilfen

Stichtagshebung im Ø Jahr, ab 2015 ohne UMF	Jahr 2006	Jahr 2007	Jahr 2008	Jahr 2009	Jahr 2010	Jahr 2011	Jahr 2012	Jahr 2013	Jahr 2014	Jahr 2015
Summe Hilfen HzE außerhalb der Familie	1.052	1.126	1.235	1.366	1.779	1.901	1.831	1.858	1.897	1.779
davon Heim	572	635	725	823	961	1069	1004	1004	1015	956
davon Vollzeitpflege	480	491	510	543	551	577	576	580	582	569
davon Betreutes Jugendwohnen					267	255	251	274	300	254

Inobhutnahme Belegtage kum. Jahr, ab 2015 ohne UMF	Jahr 2006	Jahr 2007	Jahr 2008	Jahr 2009	Jahr 2010	Jahr 2011	Jahr 2012	Jahr 2013	Jahr 2014	Jahr 2015
Inobhutnahme Belegtage	29.225	38.943	44.458	45.695	41.856	33.842	40.761	41.787	40.774	37.826
davon in Einrichtungen	13.605	20.520	22.719	24.815	21.963	17.858	23.663	23.669	21.177	19.558
davon Ü-Pflege	15.620	18.423	21.739	20.880	19.893	15.984	17.098	18.118	19.597	18.267

Entwicklung ambulante Hilfen

Stichtagshebungen im Ø Jahr	Jahr 2006	Jahr 2007	Jahr 2008	Jahr 2009	Jahr 2010	Jahr 2011	Jahr 2012	Jahr 2013	Jahr 2014	Jahr 2015
alle ambulanten Hilfen	647	963	1257	1577	1899	2079	2201	2278	2416	2372
darunter SpFH	415	635	852	1069	1056	1053	1071	1078	1142	1103
darunter Erziehungsbeistandschaft M3	177	258	302	377	376	372	411	397	418	392
darunter ISE ambulant					52	59	69	71	75	70
darunter Begleiteter Umgang	55	70	103	131	104	126	129	168	156	144
darunter heilpäd. Einzelmaßnahmen (Stichtag)					216	231	263	272	293	299
darunter heilpäd. Tagesgruppen (Ok.JUG)					95	104	104	117	122	123

Anmerkung : Der berechnete Jahresdurchschnitt bezieht sich auf Stichtagszahlen zum Monatsende. Für die ambulanten Hilfen erfolgte die Erhebung aus OKJUG ab dem Jahr 2010, für die stationären Hilfen ab dem Jahr 2012. Die Hilfen für UMF sind 2015 nicht enthalten.

Quelle: Antwort des Senats 6.10.15 : "Kann Bremen seinen Verpflichtungen im Bereich Kinderschutz noch ausreichend nachkommen?" (Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 21.07.2015)

Mitteilung des Senats an die Stadtbürgerschaft vom 7. April 2015 "Sozialindikatoren und Ressourcenzuweisung an Schulen" (Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 08.01.2015)

Antwort auf Frage 2 und 3 (2. Aufgrund welcher Überlegungen und Kriterien wurden diese Indikatoren ausgewählt?

3. Wie verhalten sich diese Indikatoren zu den Indikator-Systemen anderer Ressorts (z.B. WiN-Programm, Sozialmonitoring)? Auszug:

„Bis Ende 2013 lag den Berechnungen der schulischen Sozialindizes der von der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen erstellte Benachteiligungsindex für die Ortsteile zugrunde. Dieser wurde alle zwei Jahre aktualisiert und aus zuletzt 22 einzelnen Indikatoren berechnet. Die einzelnen Indikatoren sind vier Gruppen / Lebensbereichen entnommen und betrachten die Bildungsbeteiligung (hauptsächlich Absolventen), die Erwerbs- und Einkommensverhältnisse (Arbeitslosen-, SGB-II-Quoten), die Identifikation (Wahlbeteiligung, Fortzüge, Zuzüge, Ausländeranteil) und die Entmischung und Konfliktpotenzial (Falldichte Sozialdienst, Alleinerziehende, Bevölkerung nach Altersgruppen/Geschlecht) - Anfang 2014 wurden vom Statistischen Landesamt Ortsteilindizes auf Basis des in der Beantwortung des Senats auf die Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die GRÜNEN und SPD „Sozialraummonitoring vereinheitlichen? – Nachvollziehbare und transparente Entscheidungen ermöglichen!“ vom 22.05.2013 (Drucksache 18/919) ausführlicher beschriebenen Modells für ein „Monitoring Soziale Stadtentwicklung Bremen“ berechnet. Dieses Modell wurde im Auftrag des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr und in Abstimmung mit der AG Stadtmonitoring ressortübergreifend entwickelt und dient nun als Grundlage für die Ermittlung der Sozialindizes der Schulen. Die in diesem Modell herangezogenen Indikatoren stammen aus anderen Themenfeldern und beleuchten insbesondere die Themen Bildung (anhand des Sprachförderbedarfes bei Vorschulkindern und der Nicht-Abiturquote) und Einkommensarmut (anhand der Kinderarmut und des SGB-II-Bezuges).“

Überdurchschnittlicher Anstieg der Mieten von Wohnungen in einfacher bis mittlerer Wohnlage bzw. Wohnungen mit einfachem bis mittlerem Wohnstandard (z.B. im Bremer Westen, Gröpelingen und Walle)

„Aus der Datenlage des Statistischen Landesamtes, des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in Bremen sowie des Immobilienverbands Deutschland - IVD – sowie aus einem empirica-Gutachten ergibt sich, dass die Mieten in der Stadtgemeinde Bremen seit dem Jahr 2006 erheblich angestiegen sind. Auffällig ist, dass insbesondere die Mieten von Wohnungen in einfacher bis mittlerer Wohnlage bzw. Wohnungen mit einfachem bis mittlerem Wohnstandard überdurchschnittlich stark angestiegen sind. Gerade diese Wohnungen sind für die Wohnraumversorgung von Haushalten mit geringeren Einkommen von besonderer Bedeutung. Es ist also so, dass der besonders starke Mietenanstieg im unteren bis mittleren Marktsegment diesen Personenkreis besonders stark belastet. Das gilt vom Grundsatz her auch für den Bremer Westen.“ [Walle liegt im „Bremer Westen“]

Quelle: Senatsantwort vom 27.01.2015 zu "Perspektiven der Entwicklung im Bremer Westen" (Anfrage Fraktion DIE LINKE 13.10.2014)